

Chung, Yungsup

## Die Hochschulpolitik Südkoreas zwischen Staat und Markt

*Trends in Bildung international* (2007) 18, S. 1-13



Quellenangabe/ Reference:

Chung, Yungsup: Die Hochschulpolitik Südkoreas zwischen Staat und Markt - In: Trends in Bildung international (2007) 18, S. 1-13 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-50694 - DOI: 10.25656/01:5069

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-50694>

<https://doi.org/10.25656/01:5069>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

Yungsup Chung

## Die Hochschulpolitik Südkoreas zwischen Staat und Markt

### 1 Einleitung

Heutzutage hört man in der deutschen Hochschullandschaft oft von Forderungen nach 'Differenzierung', 'Profilbildung', 'Wettbewerb', mit einem Wort: 'mehr Markt'. Tatsächlich kann man die Auszeichnung von 'Exzellenzuniversitäten', Einführung der Studiengebühr und andere Maßnahmen beobachten, mit denen man die im staatlichen Bildungssystem normativ-juristische Gleichstellung der Universitäten aufzubrechen versucht (Zechlin, 2006: 446-448). Damit wird offensichtlich nicht mehr die Chancengleichheit der Bildung, sondern mehr Effizienz der Bildung gefordert.

Im Gegensatz hierzu wird zurzeit in Südkorea von der Bildung explizit beides, sowohl Gleichheit als auch Effizienz gefordert. Die bisherigen Maßnahmen des Staates scheinen mehr an Förderung von Chancengleichheit orientiert zu sein, vielmehr noch, man sah sich gezwungen wegen der sozialen Ungerechtigkeit und ungleicher Chancen, sich mehr an Gleichheit zu orientieren. Heute verlangt eine Gruppe von Bildungspolitikern ganz entschieden nach Maßnahmen, um durch Autonomie mehr Effizienz bewirken zu können, aber eine andere Gruppe widerspricht dem ganz entschlossen. In der Tat sind in der südkoreanischen Bildung sowohl Gleichheit als auch Effizienz kaum feststellbar. Sie kann nicht anderes als krisenhaft bzw. chaotisch bezeichnet werden.

### 2 Staat und Markt als konträre Lösungsansätze zur Ordnung der Volkswirtschaft

Es ist unumstritten, dass in Volkswirtschaften bezogen auf Allokation und Distribution Gütern und Faktoren unter anderen die zwei Ziele Effizienz und Gleichheit gleichzeitig verfolgt werden, und zur Ordnung der Güterversorgung, einschließlich der Bildung zwei konträre Mechanismen denkbar sind. Der eine ist der zentralistische Lenkungsansatz, d. h. das Plansystem des Staates, der andere ist der dezentralistische Steuerungsansatz, d. h. das Wettbewerbsystem des Marktes (Tuchtfeldt, 1982: 331-333; Hegelheimer, 1981: 351-375; Fritsch, 2005: 6-8).

Der lenkende Staat kann einen Zentralplan aufstellen und danach die Güter selbst produzieren und verteilen. In dieser 'Planwirtschaft' hat der Staat das Handlungsmonopol, somit ist es für ihn theoretisch möglich, auch die 'Bildung für alle' nach seiner idealen Vorstellung zu planen und zu verwirklichen. Das staatliche 'Lehrplansystem' der DDR kann als ein Beispiel hierfür genannt werden (Hörner, 2006: 24-27). Nach dem Grundsatz des Kollektivprinzips mit dem Leitbild von Solidarität kann diesen Vorstellungen nach Gleichheit besser realisiert werden. Gleichheit in der Bildung bedeutet vor allem Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Aber in der Geschichte zeigte sich kein zentraler Staatsplan als erfolgreich. Der Grund liegt offensichtlich in der Unvollkommenheit des Staates, somit des Zentralplans. Der Staat ist in seinem Territorium zwar allmächtig, aber nicht allwissend, besonders hinsichtlich der einzelnen Bedürfnisse und des Leistungspotentials aller Bürger. Wenn jedoch die Staatsgewalt ohne dieses Wissen ausgeübt wird, versagt der Staat, die zwei Ziele zu erreichen.

Demgegenüber ist der Markt ein Mechanismus vom Preis, der den Knappheitsgrad der Güter zeigt. In dieser 'Marktwirtschaft' kann jeder Bürger nach einer Wettbewerbsordnung die 'Bildung als Dienstleistung' frei anbieten und nachfragen, um den Eigennutzen zu maximieren. Der geltende Grundsatz ist das Individualprinzip, das mit Hilfe von Autonomie sowohl der Individuen als auch der Institutionen ("Kunden" wie der "Anbieter") das Ziel Effizienz besser realisieren kann. Die Effizienz der Bildung versteht sich hauptsächlich als interne und externe Effektivität der Bildungsinstitution und als Exzellenz. Aber in der Realität überlässt kein Land die Bildung dem Markt allein, da der Markt auch nicht vollkommen ist. Zum

Beispiel im Fall der Wettbewerbsverzerrung durch Monopol, besonders durch staatliches Eingreifen funktioniert der Preismechanismus nicht korrekt, und der Wettbewerb ist nicht lauter. Der Markt versagt auch im Hinblick auf die geforderten zwei Ziele.

Es lässt sich also resümieren, dass weder das radikale Staats- noch das radikale Marktmodell an sich als optimaler volkswirtschaftlicher Lösungsansatz in Frage kommen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, beide Ansätze so gemischt anzuwenden, dass deren Vorteile zur Geltung kommen (Samuelson, u. a., 1989: 37-48; Tuchtfeldt, 1982: 331-339; Weiß, 2003: 111-119). In dieser 'Mischwirtschaft' können beide Ansätze je nach Umständen unterschiedlich variiert eingesetzt werden. Der eine Ansatz kann teilweise den anderen überwiegen, und umgekehrt. Aber bei allen Varianten ist ein Grundprinzip unbedingt zu beachten: Es bedarf der 'Konformität' beider Ansätze zur Vereinbarkeit der Staatsmaßnahmen mit dem Preismechanismus, d. h. der Staat achtet die Wettbewerbsordnung (Müller-Armack, 1956: 390-392; Timmermann, 1995: 53). Wenn die Marktkonformität missachtet wird, wird der Wettbewerb verzerrt und unlauter. Der Preis verliert seine Messfunktion für die Güterknappheit, somit wird der Preismechanismus außer Kraft gesetzt. Dann treten die Folgen des Versagens beider Ansätze in Reihe an, wie es in der Bildungssituation Südkoreas der Fall ist.

### **3 Bildungssituation in Südkorea**

#### **3.1 Dominanz einer staatlichen Universität**

Im Jahr 2005 konkurrierten in Südkorea 34 staatliche und 157 private Universitäten miteinander, um möglichst die Studienbewerber mit den besten Noten für sich zu gewinnen. Bei diesem Wettbewerb sind die staatlichen Universitäten im absoluten Vorteil. Ein direkter Grund dafür ist die stark ermäßigte Studiengebühr der staatlichen Universitäten, die ungefähr die Hälfte von der in den privaten beträgt<sup>1</sup> da die Gebühr als ein Preis bei der Hochschulwahl einer der wichtigen Entscheidungsfaktoren ist. Ein anderer Grund liegt in der koreanischen Mentalität und Tradition, die von der konfuzianischen Ethik tief geprägt ist. Wie in alten Zeiten der König mit seiner Gefolgschaft höher stand als das Volk, so werden auch heute die staatlichen Institutionen höher als die bürgerlichen Einrichtungen erachtet (Rösch, 1994: 281-193; Schoenfeldt, 2005: 71-77).

Damit dominieren generell die staatlichen Universitäten über die privaten. Doch weit bemerkenswerter ist das Phänomen, dass nur eine staatliche Universität, die SNU,<sup>2</sup> über alle anderen staatlichen und privaten Einrichtungen eine absolute Dominanz besitzt. Die Bedingungen sind wie folgt: Sie wurde durch ein Sondergesetz, 'Verordnung vom Staatspräsidenten zur Gründung der SNU' (Verordnung Nr. 7565, 1975), in diesen hervorgehobenen Status versetzt, während andere staatliche Universitäten von der 'Verordnung vom Staatspräsidenten zur Gründung der staatlichen Schule' (Verordnung Nr. 8672, 1977) geregelt werden. Das Sondergesetz besitzt kaum einen realistischen oder substanzialen Grund, sodass eine oppositionelle politische Partei auch die Abschaffung fordert (Choi, Soonyung, 2005 ).

Außerdem verfügt die SNU über das größte Haushaltsvolumen; 2000 bis 2004 bezog die SNU ca. 13,8% des Gesamtbudgets für alle 34 staatlichen Universitäten (Choi, Soonyung, 2005). Auch im Rahmen der leistungsbezogenen Finanzhilfe, 'BK (Brain Korea) 21', von 1999 bis 2005 erhielt die SNU 38% der gesamten Fördermittel.<sup>3</sup>

Hinzu kommt ihre räumliche Lage in der Hauptstadt, weil Südkorea durch die politische Machtkonzentration ein sehr stark zentralisiertes Land ist. In der Hauptstadt Seoul und deren Umgebung wohnt ca. die Hälfte der 49 Mio. Einwohner des Landes. Seoul nimmt auf Grund der politischen Hegemonie, auch durch Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft eine vorherrschende Stellung gegenüber anderen Städten ein. Ebenfalls dominiert die SNU in der Mammutstadt alle übrigen Universitäten des Landes, was wiederum die Konzentration noch verstärkt.

Aus den genannten Gründen zieht die Seoul National Universität - SNU aus allen Landesteilen die Studienbewerber mit besten Noten magnetisch an. Diese 'besten' Studenten nehmen nach Abschluss des Studiums auch die 'besten' Positionen in fast allen Bereichen der Gesellschaft ein. Die SNU-Absolventen machten ca. 1,7% der gesamten Uni-Absolventen aus, aber daraus rekrutiert sich fast vollständig die dünne Oberschicht, die Korea faktisch beherrscht; unter den hohen Beamten in der Exekutive, einschließlich der Minister, stellen sie über 60%, unter den Richtern der höheren Gerichte über 80%, unter den Parlamentariern fast 40%, unter den Führern der großen Unternehmen 35% und unter den hohen Beamten des Bildungsministeriums in Seoul 85%.<sup>4</sup>

Südkorea wird gelegentlich als 'Bildungsmeritokratie' bezeichnet (Georg, u. a., 1991: 21-24; Schoenfeldt, 2005: 95-97), doch die zitierten Zahlen zeigen eine extreme Ausprägung der ungleichen Verteilung der Universitäts-Absolventen auf Leitungspositionen in der Gesellschaft. Sie ist durch die monopolisierte Selektion verursacht, nicht durch den Lehrinhalt. Dennoch bewirkt sie in Korea, dass der Zugang zu der SNU bereits als eine Garantie für den sozialen Aufstieg betrachtet wird. Folglich ist die absolute Monopolstellung der SNU ungebrochen verfestigt und von der Bevölkerung als ein 'rechtmäßiges Staatssystem' anerkannt und so verankert. Aber diese von den leistungsfremden Faktoren unterstützte Dominanz der SNU verursacht im ganzen Bildungsbereich fundamentale Krisen.

### **3.2 Krisensymptome und staatliche Maßnahmen**

#### **3.2.1 Der sekundäre Bildungsbereich<sup>5</sup>**

##### ***Deformierung der öffentlichen Schulen unter extrem hohem Konkurrenzdruck***

Es ist selbstverständlich, dass in Südkorea alle Oberschulen untereinander intensiv konkurrieren um ihre Absolventen an der SNU zu plazieren. Dementsprechend hat sich von Anfang an der Konkurrenzdruck explosiv entwickelt. Die Folge davon ist eine Deformierung der Oberschulen, deren absolutes Bildungsziel die SNU-Aufnahme ist. Der Lehrinhalt der Oberschule orientiert sich an der Aufnahmeprüfung der SNU. Je nach der Anzahl der Schüler, die dort Aufnahme finden, bildete sich ein Ranking der 'führenden' Oberschulen. Das wiederum bewirkt auch die Konkurrenz und ein Ranking der Mittelschulen untereinander, um in diese führenden Oberschulen möglichst viele Schülern zu schicken, was weiter den Konkurrenzdruck unter den Grundschulen hochtrieb, und dort ebenfalls ein Ranking etablierte.

In diesen stufenartigen Fortbewegungen der Rankingbildung konnten die meisten Schulen, die im Ranking keine höheren Plätze eingenommen haben, nicht als gut anerkannt werden, da aus ihnen bisher keine SNU-Studenten hervorgegangen sind und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht werden. In solchen Schulen verlieren die Lehrer ihre Autorität und die Disziplin der Schüler lässt zu wünschen übrig. Nur eine ganz unpädagogische Notenkonkurrenz oder resignative Stimmung herrscht unter den Schülern, wobei die Effektivität des Schulsystems verloren geht. Die Deformierung der Grund-, Mittel-, Oberschulen wird auch als 'Aushöhlung' der öffentlichen Schulen bezeichnet (Kwon, Daebong, 2003: 23-60; Hwang, Wonchol, 2004: 313-468), da die Schulen ihre eigenständige, pädagogische Funktion verloren haben, nämlich die gesamtpersönliche Erziehung (Artikel 9 des Grundgesetzes für Bildung).

##### ***Überhandnahme der Privat-Nachhilfe***

Während die öffentlichen Schulen deformiert und ausgehöhlt werden, floriert im ganzen Land die inoffizielle, private Nachhilfe in verschiedener Form; von einzelnen Privatlehrern bis zu großen Instituten. Nachhilfe findet sowohl für eine Person, als auch für verschiedene Gruppen statt. Die Nachhilfe-Institute, 'Hak-Uon' genannt, werden von fast allen Schülern besucht.<sup>6</sup> Im Jahr 2006 werden insgesamt ca. 28 Tsd. große und kleine Hak-Uons, aber nur ca. 11 Tsd. Grund-, Mittel- und Oberschule gezählt.<sup>7</sup> Die renommierten großen Hak-Uons unterhalten oft mehrere Tausend Eingeschriebene in verschiedenen Campus. Die makroökonomische Ausgabe für die private Bildung übertrifft schon längst das Haushaltsvolumen

des Bildungsministeriums und beträgt 3,4% des GDP (Gross-Inland-Produkt) des Landes. Damit steht Korea an erster Stelle der OECD Länder mit dem Durchschnitt von 1,4% des GDP (OECD, 2005: 159). Daher teilt man heute in Südkorea die Schulbildung in eine offizielle "öffentliche Bildung" und inoffizielle "private Bildung" ein. Für die erstere ist die "Schule" zuständig, die letztere übernimmt das Hak-Uon.

Der Grund für die Überhandnahme dieser privaten Bildung liegt offenbar in dem extrem hohen Konkurrenzdruck, den die öffentlichen Schulen allein nicht tragen können. Denn der Wettkampf um den Eintritt in die SNU ist nichts anderes als ein landweites Nullsummenspiel, in dem in einen engen Zugang alle Studienbewerber hineingehen wollen. Dabei handelt es sich nicht um subjektives, absolutes Wissensniveau, sondern um einen objektiven, relativen Vorsprung gegenüber den Mitkämpfern. Hinzu kommt die Eigendynamik der privaten Nachhilfe, die sich nach der freien Marktordnung entwickelt. Die Kunden, die nach immer besserer und differenzierterer Nachhilfe suchen, sind bereit, dafür mehr zu zahlen. Um diese Nachfrage zu befriedigen, werden immer wieder neue bzw. neu verpackte Nachhilfen angeboten,<sup>8</sup> was volkswirtschaftlich eine unpädagogische Ressourcenverschwendung bedeutet.

Die Privat-Nachhilfe ist in Südkorea, vom Standpunkt der einzelnen Bürger betrachtet, heute keine freiwillige Angelegenheit mehr, sondern eine obligatorische Zwangsinstitution geworden. Ein Verzicht darauf bedeutet nicht nur Verzicht auf ein Studium selbst, sondern auch Verlust der Identität als Schüler. Infolgedessen sind körperliche und seelische Belastungen der Lernenden sehr groß. Unter den Schülern ist das sog. "Suchtsymptom nach Hak-Uon" allgegenwärtig. Wenn ein Schüler bei einem Hak-Uon keine Aufnahme findet, fühlt er sich verängstigt, da alle anderen in den Hak-Uons lernen. Außerdem hat die finanzielle Überbelastung der privaten Haushalte ein unerträgliches Maß erreicht. Das statistische Amt Koreas hat im ersten Quartal 2006 errechnet, dass der Anteil der Haushaltsausgaben für die Privat-Nachhilfe durchschnittlich bei 14,1% ihres Einkommens liegt, jedoch gaben 20% der Haushalte der obersten Einkommensschicht das 10-Fache mehr aus, als 20% der untersten Schicht.<sup>9</sup> Dieses Bild zeigt eine große Ungleichheit der Bildungschancen, die von Generation zu Generation weiter vererbt wird.

### ***Staatsmaßnahme: Gleichstellung der öffentlichen Schulen***

Um den genannten Krisensymptomen im sekundären Bildungsbereich entgegenzuwirken, hat die Regierung eine Maßnahme zur Gleichstellung der öffentlichen Schulen getroffen. Die Gleichstellung bedeutet dabei, dass sowohl die Schulen als auch die Lernenden bei der Schüleraufnahme kein Auswahlrecht ausüben dürfen. Die Schüler werden je nach dem Wohngebiet einer bestimmten Schule zugewiesen. Mit dieser Maßnahme beabsichtigte die Regierung, zuerst den hohen Konkurrenzdruck unter den Grund-, Mittel- und Oberschulen zu beseitigen. Aber diesem Ziel kam man nur halbwegs näher.

Die Mittelschulen wurden von 1970 bis 1973 im ganzen Land gleichgestellt. Aber die Gleichstellung der Oberschulen wurde seit dem Jahr 1974 nur in Seoul und in Großstädten praktiziert. Die kleineren Städte zogen nicht mit, um die Konkurrenzfähigkeit der Oberschulen in ihren Gebieten aufrechtzuerhalten. Außerdem entstanden spezielle Oberschulen<sup>10</sup> neu, die der Gleichstellungsmaßnahme nicht oblagen. Da diese Oberschulen landesweit die "besten" Schüler frei auswählen können, bringen sie auch einige SNU-Studenten hervor. Folglich wurde unter den Oberschulen ein neues Ranking gebildet, in der diese andersartigen Oberschulen die obersten Plätze einnahmen.

Die weitere Absicht, die Privat-Nachhilfen zu reduzieren, kann gänzlich für gescheitert erklärt werden, weil sich durch die ungebrochene Zunahme von Hak-Uons ihr Ausmaß noch weiter vergrößerte.<sup>11</sup> Der Grund ist offensichtlich, denn das eigentliche Motiv der Privat-Nachhilfen bleibt bestehen. Und Hak-Uons sind wesentlich flexibler und effektiver im Hinblick auf die Hochschulzulassungsprüfungen als die Regelschulen, da sie flexibel auf die immer wieder veränderten komplizierten Zugangsregelungen reagieren können.

### 3.2.2 Hochschulzugang:

#### Permanente Veränderungen der Zulassungsbedingung und 'Drei-Nein-Politik'

In Südkorea besteht kein allgemeiner, offener Zugang zur Hochschulbildung. Wer einen Oberschulabschluss hat, und finanziell stark genug ist, kann einen Hochschulzugang bei der entsprechenden Hochschule direkt beantragen. Die Zulassungskriterien werden aus dem Zeugnis der Oberschule, Auswahlmethoden der Universität und der Studierfähigkeitsprüfung des Staates zusammengesetzt. Aber seit der Gründung des Staates im Jahr 1948 veränderten sich fast jährlich die Zulassungskriterien und -verfahren, indem jedes Mal die Kombination dreier Kriterien geändert oder unterschiedliches Gewicht auf einzelne Kriterien gelegt wurde.

Am Anfang galt das Ergebnis der hochschuleigenen Aufnahmeprüfung allein als Auswahlkriterium. Aber in der Bevölkerung und von den Oberschulen selbst, wurde die Aufnahmeprüfung der SNU als einziges Ziel der Oberschulbildung erachtet. Es herrschte großer Andrang um die Aufnahme in die SNU. Demgegenüber wurden die anderen Universitäten weitgehend außer Acht gelassen, sodass manche ihr Auswahlverfahren nicht korrekt anwandten. Studienplätze wurden wie ein Handelsgut verkauft. Fast jeder, der eine bestimmte Spendensumme oder Studiengebühr zahlte, konnte von den Universitäten aufgenommen werden (Koch, 1996: 112-113). Die Anforderungsprofile der Hochschulen unterschieden sich nicht, sondern waren alle dem der SNU ähnlich. Die Kompetenzprofile der Studieninteressierten wurden auch nicht genügend berücksichtigt. In den hochschuleigenen Zulassungsverfahren fehlten Objektivität, Zuverlässigkeit, Fairness und andere Grundsätze für die Zugangsauswahl (Heine, u. a., 2006: 13).

Daher verbot der Staat im Jahr 1981 allen Universitäten die eigene Aufnahmeprüfung außer einfachen Aufsätzen und Interviews, und führte eine national einheitliche Studierfähigkeitsprüfung in allen Fächern ein. Seitdem ist das Bestehen dieser zentralen Staatsprüfung mit höchsten Punkten das einzige Ziel der Oberschulbildung geworden. Die Staatsprüfung findet heutzutage landesweit jährlich an einem Tag vor- und nachmittags gleichzeitig in ca. 1.000 Prüfungsorten mit ca. 600 Tsd. Studienbewerbern statt. Mit der Gesamtnote dieser Prüfung beantragen die Studienbewerber an bis zu drei anvisierten Universitäten die Zulassungen. Ob zugelassen wird oder nicht, hängt oft von einem Punktunterschied von 0.1 im Vergleich zu seinen Mitbewerbern ab. Aber diese Prüfung im Multiple Choice-Verfahren zeigt Schwachpunkte wie: unpräzise Fragestellungen, verschiedene Antwort- und Bewertungsmöglichkeiten, jedes Jahr unterschiedliche Schwierigkeitsgrade, technische Probleme bei der Durchführung u. a.

Insbesondere wurde unter den Bewerbern mit den besten Noten um eine Zulassung zur SNU der Konkurrenzdruck extrem hoch, was manche unpädagogische und unwirtschaftliche Konsequenzen nach sich zog. Allgemein ist es üblich, dass die Bewerber im folgenden Jahre die Staatsprüfung wiederholen, wenn sie haarscharf die anvisierte Universität verpasst haben. Sie wiederholen nicht nur einmal, sondern mehrmals. Jedes Jahr sind über 30% der Bewerber Repetenten, und bei den Spitzenuniversitäten ist die Quote der Wiederholer mit 45% noch höher (Koch, 1996: 68 u. 76).<sup>12</sup> Die ambitionsesten Bewerber mit den besten Abschlüssen ihrer Schule wollen und können die knappe Niederlage im entscheidenden Wettkampf einfach nicht hinnehmen. Jedes Jahr kommt es als Folge der exzessiven Notenkonzurrenz sogar zu Suiziden (Kim, Sangbong, 2004: 49-56).<sup>13</sup> Auch Studienbewerber, die sich das Leben nicht nehmen, verlieren, als 'Versager' stigmatisiert, das Selbstvertrauen, die Lebensfreude und den Mut, aktiv zu studieren (Kim, Yongil, 2002: 220-222; Koch, 1996: 75; Amt für Lehrerbildung Staatliche Prüfungen Hessen, 2006).

Infolgedessen beschloss die Regierung im Jahr 2004, ab 2008 das Ergebnis der Staatsprüfung in 9 Notenstufen zu teilen. Demnach wird ein Bewerber je nach Note einer Stufe zugewiesen, wobei die erste Stufe die Größe von 4% (ca. 24 Tsd.) einnimmt. Aber es bleibt unverändert, dass die Oberschulbildung zu einem Vorbereitungsinstrument für die Staatsprüfung degradiert ist. Der Zerfall der öffentlichen

Schule setzte sich weiter fort. Um dagegenzuwirken, ordnete der Staat den Universitäten gleichzeitig an, beim Zulassungsverfahren das Zeugnis der Oberschulen als ein Zulassungskriterium bis zu 50% der gesamten Kriterien zu berücksichtigen.

Jedoch bleiben Probleme noch: Wenn alle 24 Tsd. Studienbewerber der ersten Stufe sich um die zur Verfügung stehenden 3 Tsd. Studienplätze der SNU für Studienanfänger bewerben, gibt es kein anderes eindeutiges Kriterium für die Auswahl. Und die Zeugnisse der Oberschulen auch besitzen kaum einen glaubwürdigen Prognosewert für die Studierfähigkeit, weil die Qualität der über 2000 Oberschulen nicht einheitlich sind. Außerdem wurde die Tendenz beobachtet, dass alle Oberschulen in ihren Zeugnissen die besten Noten gaben, damit ihre Zöglinge in der SNU Aufnahme fänden.<sup>14</sup>

Unter diesen Umständen ist es bekannt geworden, dass die sog. führenden Universitäten, insbesondere die SNU, geplant haben, unter dem Vorwand der Schulautonomie, eigene Selektionsmethoden zu entwickeln wie eine interne Klassifizierung der Oberschulen nach ihrer Reputation und die Auflage, Aufsätze schreiben zu lassen und Auswahlgespräche zu führen, die ein mehrere Fächer umfassendes und eingehendes Wissen erfordern, was im Grunde einer hochschuleigenen Aufnahmeprüfung gleichkommt. Gegen dieses Verhalten protestieren inzwischen die meisten Oberschullehrer, zahlreiche Eltern und bildungspolitisch engagierte Gruppen. Sie demonstrieren oft vor dem Eingangstor der SNU.

Einige führende, private Universitäten haben noch darüber ernsthaft erwogen, dass diejenige Bewerber zulassen wollen, die unter der Bezeichnung von Spende einen Geldbetrag in bestimmter Höhe bezahlen können. Gegen diese Absicht auch protestieren die verschiedenen Schichten der Bevölkerung.

Um solchem Usus einen Riegel vorzuschieben, proklamierte die Regierung die sog. 'Drei-Nein-Politik', die den Universitäten Klassifizierung der Oberschulen, hochschuleigene Aufnahmeprüfung und Zulassung auf Grund von Spenden verbietet. Das Ziel der Drei-Nein-Politik ist vor allem der Schutz der Schüler vor der harten Notenkonkurrenz, vor der Diskriminierung aufgrund der besuchten Oberschulen und vor der Benachteiligung durch die finanzielle Not ihrer Eltern. Aber einige führenden Universitäten, an deren Spitze die SNU steht, gegen die staatliche Einmischung protestieren und geben bekannt, dass sie den staatlichen Verordnungen nicht folgen wollen.<sup>15</sup>

Auf diese Weise werden die Bedingungen des Hochschulzugangs im Laufe der Zeit immer komplizierter. Zur Zeit müssen sich die Studienbewerber jedenfalls gleichzeitig nach den allen drei Auswahllementen richten: Zeugnisse der Oberschule, hochschuleigene Auswahlmethoden und staatliche Prüfung. Aber diese drei Elemente drängen die Studienbewerber in eine 'Prüfungshölle' ohne Ausweg. Diese Situation wird in der Bevölkerung als 'Teufeldreieck' bezeichnet (Koch, 1996: 75).<sup>16</sup> Vor jedem Studienjahr gehören Verwirrungen, Unruhen und Empörungen unter der Bevölkerung zur Tagesordnung.

In der Tat sind die meisten Koreaner sowohl von der Bildung selbst als auch vom Bildungszugang im Lande so tief enttäuscht, dass sie ihre Kinder möglichst frühzeitig in Schulen im Ausland schicken. Die Eltern und die Kinder der Grund-, Mittel- und Oberschulen verlassen um der Bildung willen immer häufiger das Land; im Jahr 2000 ca. 4,4 Tsd., aber im Jahr 2005 bereits ca. 20 Tsd.<sup>17</sup> Oft wohnen die Mütter mit ihren Kindern zusammen im Ausland und die 'Zugvogel-Väter' besuchen sie ein oder zwei Mal im Jahr.<sup>18</sup> Aber selbst diese Familienzerrissenheit können sich nur die wenigen Hochausgebildeten und Einkommensstarken leisten.

### 3.2.3 Tertiärer Bildungsbereich

#### *Verfestigte Rangfolge unter den Universitäten und staatlicher Lösungsansatz*

Die Folge der SNU-Dominanz über ein halbes Jahrhundert ist eine feste, unumkehrbare Rangfolge, an deren Spitze die SNU steht. In dieser verfestigten Rangordnung fehlt es an der Flexibilität der Hochschulen im Allgemeinen, indem die Motivation zu Differenzierung und Profilbildung der einzelnen

Hochschulen gemindert und ihr Werben um Studienanfänger marginalisiert wird. Einzig und allein die Reputation der Universität hohen Ranges ist als Entscheidungskriterien bedeutsam. Hier spielt für die Bewerbung die Fachrichtung oder der Inhalt des Studiums kaum eine Rolle. In der Tat schreiben sich nur die Studienbewerber mit den besten Noten ohne Rücksicht auf die Fächer in die SNU ein (Koch, 1996: 75–77, 83, 113, 118 u. 124). Nur 12,7% der im Jahr 2006 neu Zugelassenen der SNU gab zu, das Studienfach berücksichtigt zu haben, für 43% war die gesellschaftliche Anerkennung der SNU der entscheidende Faktor.<sup>19</sup> Im Allgemeinen ist bekannt, dass 60% der gesamten SNU-Studenten die für sich gewählten Studienfächer nicht als geeignet betrachtet.<sup>20</sup> Die Studenten studieren ihre ungeeignet empfundenen Fächer nicht ernsthaft, da die eigentliche Absicht der Immatrikulation in der Erwerbung von Hakbul (Alumneschaft) mehr als von Fachwissen liegt. In dem Maße kann die Universität die geplanten Fachleute nicht genügend ausbilden, daher die externe Effektivität der Hochschule auch niedrig sein.

Auch für die zugelassenen Studenten der Universitäten unteren Ranges ist die Motivation zu ernsthaftem Studium abgeschwächt, da durch ihre Gesamtnote beim Hochschulzugang ihre persönliche Fähigkeit 'offenkundig' bewiesen und durch die Uni-Rangordnung ihre künftige Aufstiegchance schon determiniert wurde. Es kommt nicht darauf an zu studieren, sondern es ist wichtig, an welcher Universität man studiert. (Heine, u. a., 2006: 70) was auf der kollektiven und individuellen Ebene zum Leistungsverlust der Humanressourcen führt.

Außerdem ist eine generelle interne Ineffektivität der staatlichen Universitäten erkennbar. Z. B. die Relation von Verwaltungspersonal zu Studenten in der SNU (1:59) ist kleiner als die in einer privaten Universität (1:99).<sup>21</sup> Die Vergütung für administrative Professor der staatlichen Universität ist 6.5 fach höher als die der privaten und andere finanzielle Verschwendungen sind festgestellt.<sup>22</sup>

Und die Qualität des Studiums an der SNU kann sich auf internationaler Ebene praktisch nicht behaupten. In der internationalen PISA-Studie 2003 nahm Korea in der mathematischen, Lese-, naturwissenschaftlichen und Problemlöse-Kompetenz jeweils 2., 2., 3. und 1. Platz ein. Aber in der Shanghai-Ranking wurde die SNU zu 21. unter den Universitäten an Asia-Pazifik und zwischen 151–200. in der Welt zugeordnet. Selbst wenn das Ergebnis der PISA-Studie vollkommen akzeptiert würde, bedeutet dies, dass der hohe Bildungsstand des sekundären Bereichs trotz der Finanz- und Begabtenkonzentration in der SNU nicht weiter in der Hochschulbildung fortgesetzt wurde.

Die Folge davon ist das massenhafte Auslandsstudium, das heutzutage in Südkorea nicht nur eine herrschende Modeerscheinung, sondern eine Obligation unter den jungen Menschen wurde. Ende des Jahres 2006 waren die Südkoreaner mit 87,7 Tsd. (14,3%) die stärkste Gruppe unter 606,8 Tsd. ausländischen Studierenden in den USA, gefolgt von 68,5 Tsd. Indern und 54,5 Tsd. Chinesen.<sup>23</sup> Das Zahlungsbilanzdefizit im Bereich der Bildung betrug in der ersten Hälfte des Jahres ca. 2,4 Mrd. \$(USD).<sup>24</sup>

Um die geringere Effektivität der staatlichen Hochschulen zu erhöhen, hat die Regierung die Absicht kundgetan, sie in Körperschaften des öffentlichen Rechts umzuwandeln, wie es in Japan bereits seit dem Jahr 2004 praktiziert wird. Denn eine staatliche Universität ist ein Teil des Staatsorgans ohne Autonomie, das weder für seine verminderte Leistung noch für seinen finanziellen Verlust Verantwortung trägt. Durch die Umwandlung sollten die staatlichen Universitäten aus eigener Verantwortung die verminderte Effizienz wieder wettmachen und die Hochschullandschaft soll flexibler und effektiver werden.

### ***Undurchsichtige Verwaltung der privaten (Hoch-)Schulen und Reform des Privatschulgesetzes***

In Südkorea befanden sich im Jahr 2005 in privaten Trägerschaften 1,3% der 5.646 Grundschulen, 22,5% der 2.935 Mittelschulen, 44,8% der 2.095 Oberschulen und 82,2% der 191 Universitäten. Die privaten Schulen obliegen dem Privatschulgesetz, das dem Schulvorstand relativ große Autonomie im Personalwesen einräumt. Der Vorsitzende des Schulvorstandes, in den meisten Fällen identisch mit dem Inhaber

der Schule, ist im Grunde ermächtigt, beliebig Personal anzustellen und zu entlassen. Um diese absolute Machtposition ohne Außenkontrolle bildet sich in der Regel eine Gruppe mit besonderer Loyalität, die keine Kritik gegen die Schulverwaltung duldet. Die Privatschule wird wieder wie eine konfuzianische Welt allein vom "Hausherrn" regiert. Aber die unkontrollierte Macht nach innen ohne offenen Wettbewerb hat die Neigung, nur die Intimität unter den Mitgliedern zu stärken, um den Status quo auf Kosten der Effizienz zu erhalten. Die Presse im Lande berichtet häufig über Affären von willkürlichen Personalentlassungen, gesetzwidrigen Finanzierungen u. Ä. in privaten Schulen.

Um die Verwaltung der privaten Schule transparenter und gemeinnütziger zu machen, hat das Parlament allein mit den Stimmen der regierenden Partei das Privatschulgesetz reformiert (Nr. 7802, am 29. 12. 2005); demnach sind mindestens ein Viertel der Mitglieder des Schulvorstandes durch die Empfehlung der Mitgliederversammlung zu bestellen. Aber manche Privatschulen beklagen diese Reform als Autonomieverlust und weigern sich, sie in die Tat umzusetzen, da die oppositionelle Partei bereits erklärt hat, sie rückgängig zu machen.

#### **4 Auseinandersetzungen unter den Interessengruppen unter Missachtung des Marktmechanismus**

##### **4.1 Konträre Behauptungen linker und rechter Gruppen**

Angesichts der krisenhaften Bildungssituation in Südkorea sind zahlreiche Interessengruppen aufgetreten. Die Gruppen können zunächst nach ihrer Herkunft geteilt werden; z. B. Lehrerschaft von Grundschulen, Mittel- und Oberschulen sowie Hochschulen; Eltern von Kindern in den jeweiligen Schularten, religiöse Organisationen, politische Parteien, Bildungsministerium und Bürger im Allgemeinen. Ihre mannigfaltigen Auffassungen verdichten sich letztendlich zu zwei konträren Richtungen, eine progressive und eine konservative, - grob vereinfacht also - eine linke, und eine rechte Richtung. Beide Seiten vertreten sowohl hinsichtlich der Ursachen als auch den Lösungsansätze der Bildungsprobleme fundamental gegenteilige Standpunkte.

Die Linken betonen mehr die sozialistischen Werte. Sie begründen die Ursache der Bildungsprobleme mit dem übermäßig realisierten Marktmodell, demgegenüber mehr Staatsregulierung eingeführt werden sollte. Die Deformierung bzw. die Aushöhlung der öffentlichen Schulen im sekundären Bildungsbereich mit gleichzeitigem Überhandnehmen der Privat-Nachhilfen sei eindeutige Konsequenz eines maßlosen Marktwettbewerbs sowohl unter den Oberschulen wie den Schülern selbst. Daher sollte die Gleichstellung der Oberschulen per Gesetz durchgesetzt und erweitert werden, um die Chancengleichheit der Bildung ohne Markt zu gewährleisten.

Die Probleme des Hochschulzugangs und die verfestigte Rangfolge der Universitäten unter Dominanz der SNU werden analog hierzu ebenfalls als Beispiel ungezügelter Marktkonkurrenz gesehen, daher sollte die Drei-Nein-Politik per Gesetz festgelegt und deren Einhaltung durch den Staat überwacht werden. Die staatlichen Universitäten sollten, so wie der sekundäre Bereich, gleichgestellt werden und gebührenfrei sein, um allgemeinen und offenen Zugang sicherzustellen. Der undurchsichtigen Verwaltung der Privatschulen sollte durch eine Reform des Privatschulgesetzes entgegengewirkt werden, um die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien handelnden Privatschulen transparent zu machen.

Nach Ansicht der Rechten, die sich mehr an kapitalistischen Werten orientieren, sind die Bildungsprobleme durch die Überzahl staatlicher Regulierungen verursacht. Deregulierung mit marktwirtschaftlicher Liberalisierung sei der einzige Lösungsweg. Die Krisensymptome im sekundären Bildungsbereich seien eine eindeutige Konsequenz der Staatsintervention, daher soll die Gleichstellung der Oberschulen gelockert werden, um durch die freie Wahl sowohl von Schulen als auch von Schülern der "Gleichheit nach unten" Einhalt zu gebieten.

Die chaotische Situation beim Hochschulzugang würde gerade durch staatliches Eingreifen induziert. Deshalb solle die Drei-Nein-Politik unbedingt außer Kraft gesetzt werden, damit die im Grundgesetz verankerte Autonomie der Universitäten greifen könne. Die Rangfolge der Universitäten und die Dominanz der SNU seien die legitime Folge von Leistungsfähigkeit, daher solle das bestehende System weiter erhalten bleiben, um auf dem Markt die Exzellenz der staatlichen Universitäten aufrechtzuerhalten. Die undurchsichtige Verwaltung der Privatschulen sei ebenfalls eine Folge staatlicher Einmischung, deshalb solle vor allem die Selbstverwaltung mit Selbstverantwortung der Privatschulen gehütet werden, und die Reform des Privatschulgesetzes unbedingt geändert werden.

#### 4.2 Inkonformität der Hochschulpolitik mit dem Marktmechanismus

Die Behauptungen beider Parteien, für sich betrachtet, scheinen logisch zu sein. Aber auch eine logisch einwandfreie Behauptung kann nicht bestehen, wenn die Voraussetzungen, die sie als gegeben annehmen, schlichtweg nicht vorhanden sind. In Wirklichkeit fehlt es im offiziellen Bildungswesen in Südkorea am 'Markt', weil die Marktordnung keine Geltung findet. Die Marktordnung an sich setzt eine gerechte Wettbewerbsregel voraus. Das bedeutet, dass die Wettbewerbsbedingungen der Marktteilnehmer weder durch Eingreifen des Staates noch durch Manipulationen der Teilnehmer verzerrt werden dürfen. Denn in einer verzerrten Wettbewerbsordnung kann der Preismechanismus nicht optimal funktionieren, somit darf der Begriff des Marktes gar nicht angewandt werden,

In der Hochschulpolitik Südkoreas verzerrt der Staat zugunsten der staatlichen Universitäten mit der Gebührenermäßigung und der Budgetzuweisung die Wettbewerbsbedingung zwischen den staatlichen und den privaten Universitäten. Zuerst ist die Gebührenermäßigung eine staatliche Preissetzung, die den Knappheitsgrad der Hochschulbildung nicht widerspiegelt. Diese marktinkonforme Preisunterbietung bedeutet einen künstlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Konkurrenten, gleichzeitig wirkt sie gegenüber den Kunden als Monopolmacht. Zum zweiten ist die Budgetzuweisung eine einseitige Subvention, die den Wettbewerb ebenfalls verzerrt, sie erfolgt automatisch, auch in den Fällen, die durch Leistungsverlust auf dem Markt nicht bestehen könnten. Infolgedessen ist der Wettbewerb unter den Universitäten nicht fair, was im gesamten Bildungsbereich eine fundamentale Krise erzeugt (Chung, 2006: 31-45).

Außerdem ist die Gebührenermäßigung der staatlichen Universitäten nichts anders als ein finanzieller Zuschuss für die Studierenden der staatlichen Universitäten. Aber dieser Zuschuss wirkt in Hinblick auf das Distributionsziel regressiv, weil die meisten staatlichen Studenten aus den einkommensstärkeren Familien stammen. 81,2% der SNU-Studenten gehören zur Mittel- und Oberschicht. Für die Studierenden aus der Unterschicht gibt es keine Finanzhilfe, auch keine Stipendien, so dass die Armen nicht studieren können. Wenn die Armen studieren wollen, müssen sie gute Leistung beweisen und finanziell verschulden. Für das 1. Semester 2006 bekamen 256.2 Tsd. Studierenden Darlehen in Höhe von 694.3 Mio. €, für das 2. Semester 258.4 Tsd. Studierenden 660.4 Mio. €.<sup>25</sup>

In den privaten Universitäten protestieren die Studentenschaften gegen die sich jährlich um 5-15% erhöhenden Studiengebühren heftig und auch gewaltsam. Dieser 'Gebühren-Kampf' ist schon längst eine regelmäßige Jahreszeremonie geworden.<sup>26</sup> Der Staat in Südkorea wird von den sozial Starken und nicht im Interesse der sozial Schwachen regiert, da für die Bildung die finanzielle Gleichheit der Startchancen nicht hergestellt ist.

Die Behauptungen weder der Linken noch der Rechten sind wirklich überzeugend, denn die Bildungsmisere in Südkorea ist weder eine Folge der übermäßigen Anwendung des Marktmechanismus noch der Staatsintervention, sondern die Folge der Marktinkonformität der Staatsmaßnahmen. Es geht hier um kein relatives Quantum der angewandten Ansätze, sondern um die Qualität beider Ansätze.

## 5 Abschließende Bemerkungen

Zur Ordnung der Güterversorgung in einer Volkswirtschaft, einschließlich der Bildung, darf weder auf Staat noch auf Markt verzichtet werden. Mit anderen Worten weder ein Staatsplan noch die Marktwirtschaft kann die Aufgabe allein meistern. Die Konsequenz daraus heißt, beide Lösungsansätze gleichzeitig anzuwenden. Der eine oder andere Ansatz kann zwar quantitativ überwiegen, aber beide müssen qualitativ zueinander passen. Diese Konformität beider Ansätze ist das höchst Gebot in einer 'Mischwirtschaft'. Wenn die Marktkonformität der Staatsmaßnahmen missachtet wird, können die angestrebten Ziele, wie Chancengleichheit, Effizienz der Bildung u. a. nicht erreicht werden, sondern es drohen chaotische Zustände mit der Folge sozialer Ungerechtigkeit und Ineffizienz, wie dies in der Bildungssituation Südkoreas der Fall ist.

Der Staat Südkorea gewährt staatlichen Universitäten gegenüber privaten einseitig manche leistungs-fremden Wettbewerbsvorteile, einschließlich einer bis zur Hälfte ermäßigten Studiengebühr. Diese marktinkonformen Staatsmaßnahmen verzerren die Wettbewerbsordnung der Hochschulen. In diesem über ein halbes Jahrhundert andauernden, unlauteren Wettbewerb dominiert eine einzige staatliche Einrichtung - die SNU (Seoul National Universität) - absolut über alle Universitäten im Lande, indem sie die Studienbewerber mit den besten Noten allein aufnimmt. Hieraus folgen fundamentale Krisen in den sekundären und tertiären Bildungsbereichen und auch beim Zugang zur Hochschulen. Weder Staatsmaßnahmen noch der Wettbewerb allein darf hierfür verantwortlich gemacht werden, wie die Linken oder die Rechten behaupten, sondern die Inkonformität beider Mechanismen.

## 6 Literatur

- Amt für Lehrerbildung Staatliche Prüfungen Hessen: Text fachlicher Thematik der Sozialwissenschaften, 04.12.2006, (unveröffentlicht), Darmstadt 2006.
- Choi, Soonyung : 'Antrag auf die Abschaffung der SNU-Gründungsverordnung', Demokratische Arbeit-Partei (DAP), Seoul 2005.
- Choi, Soonyung : 'Bericht über das Staatsbudget für staatliche Universitäten 2000-04', Demokratische Arbeit-Partei (DAP), Seoul 2005.
- Chung, Yungsup: Bildung findet zwischen Markt und Staat den Weg. Verlag Konkuk-University, Soeul 2006.
- Fritsch, M.; Wein, T.; Ewers, H.-J.: Marktversagen und Wirtschaftspolitik, 6. Aufl. Verlag Vahlen, München 2005.
- Georg, W./ Rutters, K./ Schneider-Deters, W. (Hg.): Vocational Education and Training, Employment and Labour Relations in the Republik of Korea. Frankfurter Studien zur Bildungsforschung Bd. 7, Baden-Baden 1991.
- Hegelheimer, Armin: Auch in Bildung und Wissenschaft mehr Wirtschaftlichkeit durch Marktmodelle?, In: Letzelter, F.; Reinermann, H. (Hg.): Wirtschaft, Forschung und Rechnungshöfe. Duncker & Humblot, Berlin 1981.
- Heine, Christoph u. a.: Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren beim Hochschulzugang in Deutschland und ausgewählten Ländern. Eine Bestandsaufnahme, In: Kurzinformation, HIS (Hochschul-Informationen-System) A 3/2006, Juni 2006.
- Hörner, Wolfgang: Bildung zwischen Markt und Staat oder: Bildungssouveränität im Wandel. Neue Impulse für die Bildungspolitik im größeren Europa? In: Bildung und Erziehung, 59. Jg. Heft1/März 2006.
- Hwang, Wonchol: Die Öffentliche Bildung. Verlag Wonmisa, Seoul 2004.
- Kim, Sangbong: Hakbul Society, Verlag Hangilsa, Seoul, 2004.
- Kim, Yongil: Future of Education, Verlag Muneumsa, Seoul, 2002.

- Koch, Dorothea: Germanistikstudium in Südkorea: Bildung und gesellschaftliche Funktion unter historischen und geschlechtsspezifischen Aspekten. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., 1996.
- Kwon, Daebong, u. a.: Neue Überlegung und Strategie für die öffentliche Bildung in Korea. Verlag Djibmundang, Seoul 2003.
- Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaft (HdSW) Bd. 9, Stuttgart, Tübingen, Göttingen, 1956.
- OECD: OECD Factbook, Economic, Environmental and Social Statistics, 2005.
- Samuelson, P. A./ Nordhaus, W. D.: Economics (13. ed.), New York u. a. 1989.
- Schoenfeldt, Eberhard: Der Edle ist kein Instrument, Bildung und Ausbildung Korea(Republik); Studien zu einem Land zwischen China und Japan. Berufs- und Wirtschaftspädagogik; 22, Gesamthochsch.-Bibliothek, Online-Version des im Jahre 1996 veröff. Buches, Kassel 2005.
- Timmermann, Dieter: Abwägen heterogener bildungsökonomischer Argumente zur Schulautonomie. In: Zeitschrift für Pädagogik 41, 1995.
- Tuchtfeldt, Egon: Wirtschaftssystem. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW) Bd. 9. Stuttgart, Tübingen, Zürich, 1982.
- Weiß, Manfred: Kann das Schulwesen durch Wettbewerb genesen? In: Döbert, H. u. a. (Hg.): Bildung vor neuen Herausforderungen. Luchterhand, Neuwied 2003.
- Zechlin, Lothar: Im Zeitalter des Wettbewerbs angekommen. Der Differenzierungsprozeß innerhalb der Universitäten läuft. In: Forschung & Lehre, 8. 2006.

#### Nicht amtliche Organisation

- [www.antihakbul.org](http://www.antihakbul.org): "Antihakbul society"  
[www.goodbyehakbul.org](http://www.goodbyehakbul.org): "Society without Hakbul"  
[www.kfpp.or.kr](http://www.kfpp.or.kr) : KFPP (Korea Foundation for the Promotion of Privat School)

#### Wochenzeitung

- Business Week: Business Week online, "Where a Teacher Can Make Millions", 11.12.2006,  
[www.businessweek.com/magazine/content/06\\_50/b4013056.htm?chan=search](http://www.businessweek.com/magazine/content/06_50/b4013056.htm?chan=search).  
University News Network, Seoul, 03.11.2006.

#### Tageszeitung

- Hankyoreh, Seoul, 21.09.2006.  
Joongangilbo, Seoul, 11.04.1995; 04.04.2002; 13.01.2005; 23.01. und 28.06.2007  
Kyunghyang, Seoul, 15.09.2005; 16 u.19.09, 21.10.2006; 25.06.2007.  
Maekyung, Seoul, 01.05.2000.  
Pusanilbo, Pusan, 06.11.2006.  
Segyeilbo, Seoul, 14.10, 06.11.2006.  
Yonhap-News, Seoul, 14.08.2006.

## Anmerkungen

- 1) Im Jahr 2006 betrug die Studiengebühr der staatlichen Universität durchschnittlich 3,4 Mio. ₩ (ca. 2,800 €), demgegenüber die der privaten Universitäten 6,5 Mio. ₩ (ca. 5,400 €). ₩ (Won) ist die koreanische Währungseinheit. 1 € entspricht ca. 1,200 ₩. Korea Foundation for the Promotion of Privat School (KFPP), <http://www.kfpp.or.kr/> Man kann umgekehrt von stark erhöhter Gebühr der privaten Einrichtungen in Allgemeinen nicht sprechen, weil sie damit keine Kunden werben können.
- 2) Die SNU (Seoul National Universität) wurde im Jahr 1946 direkt nach der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft gegründet, und zwar von der amerikanischen Militärregierung durch die Umbenennung der japanischen Kaiserlichen Universität, die auf der koreanischen Halbinsel in Seoul errichtet wurde.
- 3) Tageszeitung Kyunghyang, Seoul, 19.09.2006.
- 4) Die SNU-Absolventen werden in Korea als die Privilegiertesten anerkannt. Ihre Abschlusszertifikate, die auch 'Hakbul' genannt werden, sind das Symbol der Extraklasse. Es gibt einige zivile Organisationen, die die negativen Wirkungen von Hakbul kritisieren, z. B. 'Society without Hakbul' ([www.goodbyehakbul.org](http://www.goodbyehakbul.org)), 'Antihakbul Society' ([www.antihakbul.org](http://www.antihakbul.org)) u. a. Mitglieder einer von diesen Organisationen klagten 2002 beim Verfassungsgericht und 2005 beim Kartellamt gegen die staatlichen Universitäten wegen des unlauteren Wettbewerbs durch die Marktbeherrschung. Beide Male wurde die Anklage zurückgewiesen. Die Begründung des Kartellamts lautete: Die staatlichen Universitäten zielen nicht auf die Marktbeherrschung. Das Urteil des Verfassungsgerichts hatte auch einen formalen Grund: Die Kläger waren von Inhalt und Gegenstand der Klage nicht selbst betroffen, also besitzen kein eigenes Interesse an der Sache.
- 5) Die sekundarschulische Bildung Koreas erfolgt nach 6jähriger Grundschule in zwei je 3jährigen Stufen, Mittel- und Oberschule. Die Aufnahme eines Studiums setzt einen Oberschulabschluss voraus.
- 6) Die Zahlen oder die Prozentsätze zu nennen ist von weniger Bedeutung, weil buchstäblich fast alle Schüler betroffen sind. Z. B. in 2006 besuchten 86.9% von Schülern der Grundschule im gesamten Gebiet von Seoul, 94.3% im wohlhabenderem Bezirk, nach den Schulstunden Hak-Uon. Ähnlich ist die Situation bei den Schülern der Mittel- und Oberschule. Tageszeitung Kyunghyang, Seoul, 25.06.2007
- 7) Tageszeitung Hankyoreh, Seoul, 21.09.2006.
- 8) Business Week online, 'Where a Teacher Can Make Millions', 11.12.2006, [www.businessweek.com/magazine/content/06\\_50/b4013056.htm?chan=search](http://www.businessweek.com/magazine/content/06_50/b4013056.htm?chan=search)
- 9) Tageszeitung Yonhap-News, Seoul, 14.08.2006.
- 10) Dazu gehören die 51 staatlichen Spezial-Oberschulen, die einem besondern Bildungszweck dienen, z. B. sprachlich oder naturwissenschaftlich hochbegabte Schüler frühzeitig zu fördern. Die anderen sind die 6 privaten Oberschulen, die von den staatlichen Finanzhilfen völlig unabhängig sind.
- 11) Die Anzahl von Hak-Uons betrug im Jahr 2001 ca. 17 Tsd. und nahm im Jahr 2006 weiter auf 28 Tsd. zu. Tageszeitung Hankyoreh, Seoul, 21. 09. 2006.
- 12) Tageszeitung Kyunghyang, Seoul, 15.09.2005.
- 13) In Korea sind Verkehrsunfälle die erste und Suizid die zweite Todesursache der 10-24 Jahre alten Jugendlichen. 1999 starben aus beiden Gründen jeweils 1.692 (31.6%) und 856 (16.0%), und in 2000 1.620 (32.8%) und 696 (14.1%) Kinder und Jugendliche. 2004 starben noch 1.090 (28.7%) Kinder und Jugendliche durch Verkehrsunfall und 659 (17.3%) durch Suizid (Statistisches Amt Korea).
- 14) Tageszeitung Kyunghyang, Seoul, 21.10.2006.
- 15) Die Universitäten wissen wohl, dass die jetzige Regierung bis dieses Jahresende regiert, da im Dezember die Präsidentenwahl stattfindet. Tageszeitung Jungangilbo, Seoul, 28.06.2007.
- 16) Tageszeitung Pusanilbo, Pusan, 06.11.2006.
- 17) Tageszeitung Segyeilbo, Seoul, 14.10.2006.
- 18) Tageszeitung Munhwailbo, Seoul, 16.09.2006.

- 19) Tageszeitung Segyeilbo, Seoul, 06.11.2006.
- 20) Tageszeitung Joongangilbo, Seoul, 13.01.2005.
- 21) Tageszeitung Joongangilbo, Seoul, 11.04.1995.
- 22) Tageszeitung Maekyung, Seoul, 01.05.2000; Tageszeitung Joongangilbo, Seoul, 04.04.2002.
- 23) Wochenzeitung University News Network, Seoul, 03.11.2006.
- 24) Tageszeitung Munhwailbo, Seoul, 16.09.2006.
- 25) Ministerium für Erziehung & Entwicklung der Humanressource
- 26) Tageszeitung Joongangilbo, Seoul, 23.01.2007.

Kontakt: Yungsup Chung Konkuk University  
[Boas-chung@hotmail.de](mailto:Boas-chung@hotmail.de)